

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 88 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 94

## Inhalt

Gert Weisskirchen MdB  
zum Prozeß des Zu-  
sammenwachsens in  
Deutschland: Die spie-  
gelverkehrten Unfähig-  
keiten erschüttern.

Seite 1

Dagmar Roth-Behrendt  
MdEP zur Notwendig-  
keit von Schlüsselre-  
formen in der EG: Eu-  
ropa-Demokratisierung  
auf der Tagesordnung.

Seite 2

### Dokumentation

Professor Dr. Dr. Horst-  
Eberhard Richter  
sprach mit Blick auf  
den deutschen Einig-  
ungsprozeß in Wien  
über die Notwendigkeit  
von "Erinnerungsarbeit  
und Toleranz". Wir ver-  
öffentlichen sein Refe-  
rat in zwei Teilen.

Wortlaut

Seite 4

46. Jahrgang / 241

18. Dezember 1991

### Die spiegelverkehrten Unfähigkeiten erschüttern Zum Prozeß des Zusammenwachsens in Deutschland

Von Gert Weisskirchen MdB

Deutschland, - das späte "Kind mit den zwei Köpfen", in seiner neuen Gestalt gerade eben das erste Lebensjahr hinter sich, will jetzt erwachsen werden. Die beiden Staatsverträge haben von oben unterschiedliche Strukturen von sich fremd gegenüberstehenden Gesellschaftsmodellen ineinandergesetzt. Das eine, das östliche, begann als gekünstelt aufgesetzter Antifaschismus. Das andere, das westliche, begann als verliehene Demokratie. Ihre eher verordneten denn erworbenen gesellschaftlichen Identitäten lebten lange Jahre von ihren aufeinanderprojizierten Feindbildern: Antikommunismus und wirtschaftlicher Aufschwung ersetzte die westliche Suche nach den Gründen an der Mitschuld beim Aufkommen der braunen Diktatur und unreflektierter Antifaschismus machte blink gegenüber der neu errichteten roten Diktatur.

Die "Unfähigkeit zu Trauern" war denn auch, wie die beiden Mitscherlichs analysieren mußten, das kollektive Gebrechen, das die alte Bundesrepublik krank machte. Das Trauma der fehlenden Widerstandskraft gegen die Maschinerie des industriell organisierten Völkermordes an der Judenheit blieb bis zum Tag der Vereinigung. Die Jugendrevolte der späten sechziger Jahre entzündete sich daran. Abgearbeitet hat sich die bundesrepublikanische Gesellschaft an dieser Schuld nicht, wenn es auch bemerkenswerte Versuche gab, die Erinnerung des Grauens umzuformen in Impulse der Erneuerung. Die Jahre der nachgeholt inneren Reformen und der äußeren Verständigung war geprägt von diesem Aufbruch.

Die Konfrontation der Blöcke war nicht allein gefrorene Zeit für die Menschen in der ehemaligen DDR. Auch der Westen Deutschlands lebte unterhalb seiner Möglichkeiten. Der Antikommunismus legte sich wie ein granitener Block auf das zur Entfaltung fähige Potential der Veränderung. So gaben sich die Regierenden die Stichworte wechselseitig. So wurden Handlungsräume der Freiheit im Osten zubetoniert und im Westen eingeeengt. Zur westlichen Trauerunfähigkeit gesellt sich nun die östliche Unfähigkeit, die psychische Deformation aufzuarbeiten, die verursacht durch die monströse Überwachungsdictatur der SED, die Bürgerschaft der ehemaligen DDR in der Falle überbordender Ohnmachtsgefühle festhält.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Erstausgabe  
aus dem Verlag  
Kreuzverlag



Die doppelte Vergangenheit der zwei Diktaturen wirft lange Schatten bis weit in die Zukunft. Die nachmodernen oberen Zweidrittel der alten Bundesrepublik begegnen dem vormodernen unteren Zweidrittel der alten DDR in der Geste des Triumphs, im Bewußtsein ihrer ökonomischen Überlegenheit. Im tonlosen Lärm der Sieger drohen die Opfer des real existierenden Sozialismus in ihrer Rolle erneut fixiert zu werden, diesmal als Opfer des real existierenden Kapitalismus. Nach dem Rausch der Vereinigung verkürzt sich die Perspektive vieler Individueller Lebenschancen auf die immer unsicherer werdende Arbeit.

Die authentische Quelle für die Eigenständigkeit, auch Widerständigkeit, der Menschen in der ehemaligen DDR, die Kultur, hat ihre Sprachen nach den Verstörungen und Verflüssigungen des Zeitlaufs noch nicht wiedergefunden. Die Kultur ist das Laboratorium, das die Zeichen neu einschmilzt, mit denen sich die Zeit erkennt. Die Kultur ist die Arena dieses Kampfes. Die Kämpfer scheinen seltsam starr. Sie haben sich noch nicht gelöst aus dem Gefängnis des ersten Schrecks, in die sie die Explosion der Fremdheitsgefühle getrieben hat, als festgefügt geglaubte Mauern zerbrochen. "Für den Menschen gibt es nichts, das ihm fremder wäre als er selber", sagt Edgar Morin. Solange dieses Gefühl der Fremdheit die eigene Leere zudecken konnte, weil die Konfrontation der Blöcke die Suggestion aufrechterhielt, das Gute und das Schlechte sei voneinander getrennt, solange lebte die Kunst als Verletzter der Grenzen.

Auf welche Mauer kann die Kunst jetzt noch springen? Nur noch wüste Trümmer, soweit das Auge reicht. Offene Gegend. Wilder Osten. Aus dem Zusammenstoß der Kulturen, aus ihren inneren Rissen, aus der Überheblichkeit der Täter und den Leiden der Opfer, werden sich die Fragen herauskristallisieren, die die spiegelverkehrten Unfähigkeiten der alten Bundesrepublik und der alten DDR erschüttern werden.

Noch wird die Wahrheit verhüllt. Noch sind die Gedemütigten stumm. Hat sich aber nicht ein Teil von ihnen zum Vollstrecker ihres Unmuts gegen die allgemeine Unsicherheit ernannt? Hat nicht die Gewalt von Neo-Nazis gegen alles, was fremd erscheint, hier eine Ursache? Der Zwilling Bruder des Fremdenhasses ist der Selbsthaß. Wer für sich keine Chance sieht - wie kann er stark genug sein, anderen, Ausländern zumal, ihre Chance zu lassen? "Wo die Reform nicht gelingt", beurteilt Hannah Arendt, "wird das Ergebnis schließlich sein, daß die Welt gewalttätiger geworden ist, als sie es vorher war."

(-/18. Dezember 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### Europa-Demokratisierung auf der Tagesordnung

Zur Notwendigkeit von Schlüsselreformen in der EG

Von Dagmar Roth-Behrendt MdEP

**Einheitliche Währung.** In der EG gibt es zur Zeit noch zwölf unterschiedliche Währungen mit völlig unterschiedlichen Wechselkursen. Das ist in einem zunehmend verbundenen, zusammenwachsenden Wirtschaftsraum ein Kuriosum erster Güte. Das ist ungefähr so, als wollten wir Handeltreibenden vorschlagen, ihre Kosten anhand eines täglich wechselnden Gewichts zu kalkulieren, nie wissend, ob ein Kilo morgen noch tausend Gramm haben wird. (So ist zum Beispiel errechnet worden, daß - allein für Touristen - ein Mensch, der durch alle Länder der Gemeinschaft reist und dabei kein Geld ausgibt, sondern durch den Anfangsbetrag nur jeweils in die Landeswährung wechselt, nach Rückkehr nur noch circa die Hälfte besitzt. Der Rest wurde von unterschiedlichen Kursen und Wechselgebühren "aufgefressen".) Wir brauchen in Europa eine einheitliche Währung, das muß sorgfältig vorbereitet und im Detail ausgehandelt werden.

**Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.** Zur Zeit gibt es ein Gewirr von Zuständigkeiten, verteilt auf die Kommission, die für die Gemeinschaft verhandelt, auf gemeinsame Sitzungen der Außenminister und auf nationale Politik. In der Praxis funktioniert nichts davon zufrieden-

stellend, und die Summe für uns ist nur zu oft erschreckend blamabel, wie wir leider in der jüngsten Zeit mehr als nur einmal feststellen mußten.

Nur eine wirklich abgestimmte, einheitliche Außenpolitik der Gemeinschaft, verbunden mit - schnellen - nötigen Hilfen oder auch Sanktionen macht die Europäische Gemeinschaft als Ganzes auch glaubwürdig. Daß dies auch die Aufgabe nationaler Souveränitäten bedeuten kann, und daß die Existenzberechtigung von zwölf verschiedenen Armeen zu überprüfen ist, liegt auf der Hand.

**Ergänzung der Verträge.** Zu vielen wichtigen Bereichen des Lebens in der Gemeinschaft - über eine Wirtschaftsgemeinschaft hinausgehend - findet sich in den Verträgen keine Zeile. Ob es Bürgerrechte sind, Wahlrechte zumindest für alle EG-Bürger in allen EG-Staaten, ob es ein neues Kapitel Erziehung und Kultur ist - natürlich unter Berücksichtigung nationaler und lokaler Zuständigkeit -, ob es unsere Verantwortung gegenüber Umweltverträglichkeit von Wirtschaftswachstum oder die Berücksichtigung des Einflusses unseres Verhaltens insbesondere auf die Staaten der Dritten Welt ist - die Verträge müssen ergänzt werden.

**Mehrheitsvoten bei Abstimmungen.** Zur Zeit gibt es viel zu viele Bereiche, wo Gesetzgebung im Ministerrat nur durch Einstimmigkeit auf den Weg gebracht werden kann. Dies verhindert oft effektive, schnelle und gute Gesetzgebung, weil ein einziges Mitgliedsland durch sein Veto den Fortschritt aufhalten kann, die Geschwindigkeit bestimmen kann. Nicht nur Umweltpolitik und Sozialpolitik waren davon in der Vergangenheit oft betroffen. Die Verträge müssen klar Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat zulassen, um diesen unhaltbaren Zustand zu verändern.

**Demokratisierung der Gemeinschaft.** Schließlich als letzter, aber wichtigster Punkt, muß das Demokratiedefizit in der Gemeinschaft abgebaut werden. Zur Zeit findet Gesetzgebung für die Mitgliedsstaaten hinter verschlossenen Türen im Ministerrat durch nationale Minister und Regierungschefs statt, nichtöffentlich, mit geheimen Protokollen. Diese Gesetze haben dann Gültigkeit in der gesamten EG, ohne daß noch irgendein nationales Parlament Mitsprachemöglichkeiten hat. Vereinfacht: Gewaltenteilung findet nicht mehr statt, nicht die Legislative macht Gesetze, sondern die Exekutive gleich selbst, sehr bequem!

Das Europäische Parlament als demokratisch legitimiertes Gremium für die Gemeinschaft muß endlich wirkliche Mitentscheidungsrechte bei der Gesetzgebung haben. Nur noch mit Zustimmung des Europäischen Parlaments soll Gesetzgebung in Kraft treten können, bei einem "Nein" dürfen Gesetze nicht länger - wie zur Zeit noch möglich! - dennoch Gültigkeit erhalten. Eigentlich nichts Besonderes für unser Demokratieverständnis, daß ein frei gewähltes Parlament öffentlich über Gesetzgebung entscheidet, dennoch stellt sich dies als Horrorvision für einige Mitgliedsstaaten dar, hieße es doch, sich von der bequemen Geheimpolitik nach eigenem Gusto zu verabschieden. Dies, ebenso wie die Kontrolle der EG-Kommission, steht dem Europäischen Parlament zu. Außerdem muß das EP ein wirkliches Gesetzesinitiativrecht erhalten, wie es jedes demokratische Parlament in der Gewaltenteilung besitzt.

Belgiens und Italiens Parlament haben bereits die Selbstverpflichtung abgegeben, ihre Ratifizierung der Verträge vom Votum des EP abhängig zu machen. Gleichzeitig wackelt der Bundeskanzler wieder einmal herum und rückt von seinen vollmundigen Anfangsorklärungen zur Demokratie in der Gemeinschaft ab. Jetzt soll es plötzlich schon genügen, wenn in einigen Jahren eine demokratische Gesetzgebung stattfindet.

Ist erst 1999 das Jahr der Demokratie? Dann jedenfalls mit einem sozialdemokratischen Bundeskanzler!

Je mehr die Menschen in der Gemeinschaft über die Rechte des EP, die verbliebenen Rechte der nationalen Parlamente und über die sonnenkönigliche Herrschaft der Regierungschefs und ihrer Minister erfahren und begreifen, desto größer wird der Unmut und die Empörung. Ob soziale Grundrechte, ob ökologischer Mut und Pioniergeist bei Wirtschaftsstrukturen und Verkehrspolitik, überall können einzelne Regierungschefs "Stop" flüstern, und der Zug hält. Schluß damit!

Wir werden im Europäischen Parlament mit unserem stärksten Druckmittel, unseren Haushaltsbefugnissen, arbeiten, um die Rechte zu erhalten, die uns zustehen.

Ganz zum Schluß ein Punkt, der auch Demokratieverständnis betrifft: die Zahl der deutschen Abgeordneten. Das ausbalancierte System sah für die "großen" Mitgliedsländer Italien, Frankreich, Großbritannien und Deutschland je 81 Abgeordnete vor. Das war vor der deutschen Einigung schon kein gerechtes System, das wirklich der Zahl der zu vertretenden Bürgerinnen und Bürger gerecht wurde.

Jetzt aber hat Deutschland plötzlich knapp 17 Millionen Einwohner mehr, die einen legitimen Anspruch darauf haben, im EP vertreten zu sein. Das Europäische Parlament hat - nach schwierigen Diskussionen - den Beschluß gefaßt, die Zahl der deutschen Abgeordneten um 18 auf 99 zu erhöhen. Hierfür ist eine Vertragsänderung nötig, die in Maastricht ebenfalls beschlossen werden mußte. Das ist keine Frage von einer "Extrawurst" für Deutschland, das ist nur die demokratische Konsequenz aus dem Fall der Mauer - etwas, über das sich alle Regierungen der EG freuen sollten.

(-/18. Dezember 1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Horst-Eberhard Richter: Erinnerungsarbeit und Toleranz (Teil I)**

Der Gießener Psychoanalytiker Professor Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter hielt im Rahmen des internationalen Symposiums der Erich-Fried-Gesellschaft kürzlich in Wien ein Referat, das der Notwendigkeit von Erinnerungsarbeit und Toleranz gewidmet war. Wir dokumentieren die Ausführungen Richters, denen gerade mit Blick auf den deutschen Einigungsprozeß besondere Bedeutung zukommt, in zwei Teilen.

Vor einigen Monaten wagte Margarete Mitscherlich, die 1967 zusammen mit ihrem Mann Alexander das Buch "Die Unfähigkeit zu trauern" verfaßt hat, die folgende Diagnose:

"Bisher hatte ich den Eindruck, die Verdrängung der Vergangenheit sei erfolgreich gewesen, wir seien unfähig zum trauernden und erinnernden Rückblick, zur Konfrontation mit unserer historischen Schuld. Das scheint sich jetzt zu ändern. Die Vergangenheit ist den Deutschen heute präsenter als je zuvor."

Ihr erschien der pazifistische Protest der deutschen Jugend anläßlich des Golfkrieges als Symptom eines verzögerten, dennoch inzwischen fortgeschrittenen Lernprozesses. Zwar stellt sich nun am Ende des Jahres die Frage, ob sie nicht durch die neue Welle von Rechtsradikalismus und Ausländerhaß widerlegt wird. Äußerten doch laut Umfrage des Emnid-Instituts unlängst 34 Prozent der Deutschen Verständnis für die rechtsradikalen Reaktionen auf das Flüchtlingsproblem. Dennoch finden sich auch Belege für Margarete Mitscherlichs Annahme.

Ich möchte dazu Befunde einer eigenen Untersuchung anführen, die wir vor zwei Jahren an unserem Gießener Zentrum gemeinsam mit einer Gruppe von Moskauer Sozialpsychologen durchgeführt haben. Wir wollten wissen: Wie sehen deutsche und russische Studenten sich jeweils selbst, und wie denken sie politisch? Unter 84 Fragen, die auf einer Sieben-Punkte-Skala zu beantworten waren, lautete eine, ob für die Deutschen eine sehr wichtige oder eher überflüssige Aufgabe sei, sich noch mit der Hitlerzeit auseinanderzusetzen. Nicht weniger als 86 Prozent der schriftlich befragten 1.450 Gießener Studentinnen und Studenten fanden eine Beschäftigung mit der Hitlerzeit immer noch wichtig bis äußerst wichtig, - also eine bemerkenswert hohe, wenn auch natürlich nicht für die Gesamtbevölkerung repräsentative Zahl. Seit Jahren hatten sich verschiedene studentische Gruppen intensiv mit der Nazi-Geschichte unserer Universität befaßt und darüber stark besuchte öffentliche Veranstaltungen abgehalten. Sie hatten das Eindringen des Nazi-Geistes in Doktor- und Habilitationsarbeiten verfolgt, dem Schicksal jüdischer Professoren nachgespürt, nach Widerstandsnestern gefahndet, Prozesse gegen Nazigegner an der Universität dokumentiert und überlebende Zeitzeugen interviewt. Daß solche Erinnerungsarbeit an zahlreichen Universitäten, aber auch in vielen Gemeinden und durch sehr unterschiedliche Berufsgruppen geleistet worden ist, wurde nur ungenügend bekannt.

Die Ausführlichkeit unseres politischen Fragebogens, den wir mit einem Persönlichkeitstest\* gekoppelt hatten, gab uns die Möglichkeit, Korrelationen wie die folgenden zu errachen:

Je wichtiger den von uns untersuchten deutschen Studenten und Studentinnen die Erinnerung an die Hitlerzeit erschien,

- um so offener zeigten sie sich für eine kritische Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeiten in der eigenen Gesellschaft (zum Beispiel Benachteiligung alter Leute und Kinder),
- um so mehr verrieten sie von sozialer Sensibilität (nämlich Bereitschaft, anderen zu vertrauen und sich um andere zu sorgen)
- um so fremder war ihnen ein Feindbilddenken, - um so weniger zweifelten sie beispielsweise an der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen mit der Sowjetunion.

Einen dazu passenden Befund ermittelten unsere sowjetischen Kollegen bei den Moskauer Studenten. Je nötiger diese noch eine Beschäftigung der eigenen Bevölkerung mit der Stalinzeit fanden, um so sympathischer fanden sie die deutsche Sprache. Daß sich die Wertschätzung der Sprache zugleich indirekt auf die deutschen Menschen beziehe, erscheint unseren Kollegen eine plausible Folgerung. Übrigens plädierten 87 Prozent der Moskauer Studenten dafür, daß sich die Russen unbedingt weiterhin mit der Stalinzeit beschäftigen sollen.

Vielen empirischen statistisch psychologischen Untersuchungen kann man mit Recht nachsagen, daß sie keine besonders beachtlichen Einsichten in psychosoziale Zusammenhänge vermitteln. Aber hier ist es offenbar einmal anders. Erfäht wird, wie ein verbreitetes aktuelles Interesse junger Deutscher an der Nazi-Vergangenheit mit wichtigen anderen psychosozialen Merkmalen zusammenhängt. Offenheit für die Erinnerung an die Hitlerzeit verbindet sich demnach mit Bereitschaft zu kritischer Wahrnehmung der eigenen Gesellschaft allgemein, mit einer relativen Immunität gegen projektive nationale Vorurteile sowie mit einer grundsätzlichen sozialen Offenheit im Sinne von Vertrauensbereitschaft und sorgender Anteilnahme an anderen.

Daß der einzelne Mensch um so weniger versucht ist, sich mittels negativer Projektionen an anderen abzureagieren, je mutiger er persönliche Schuldkonflikte aufzuarbeiten lernt, ist aus der Psychoanalyse wohl bekannt. Aber wie es mit der individuellen inneren Anteilnahme an einer nur indirekt vermittelten Schuld des eigenen Volkes steht, ob, wie und mit welchen Konsequenzen sie stattfindet, war immer umstritten. Bei der vielfachen Verneinung von Kollektivschuld wurde gar nicht erst danach gefragt, was die Aufdeckung des Holocaust und der anderen Nazi-Menschenrechtsverbrechen im Inneren vieler anrichtete, die nicht unmittelbar verstrickt waren, dennoch dem System gedient hatten, das auf diese Unmenschlichkeiten erkennbar ausgerichtet war. Nun meldet sich sogar eine Mehrheit der studentischen Jugend, die von Auschwitz überwiegend bereits durch zwei Generationen getrennt ist, mit dem Bedürfnis nach weiterer Auseinandersetzung mit jener Vergangenheit. Und dies, obwohl ihr von führenden Regierungspolitikern wiederholt versichert wurde, daß man sie endlich mit Ereignissen verschonen sollte, mit denen sie doch selbst überhaupt nichts zu tun hätten. Was hat ihr beharrliches Interesse an der kritischen Rückschau möglich gemacht?

Bekanntlich wurde in der großen Mehrzahl der deutschen Familien nach 1945 über die Jahre zuvor kaum gesprochen. Nur wenige Söhne und Töchter erfuhren genauer, was ihre Väter und Mütter vorher gesehen, gefühlt, mitgemacht oder unterlassen hatten. Geschwiegen wurde nicht nur über schuldhafte Verwicklungen, sondern auch über die eigenen Leiden durch Verlust von Angehörigen und Freunden, durch Ausbombung oder Vertreibung. Vorzeigbar waren ja allenfalls die Leiden auf der Seite der Verfolgten und des Widerstandes. Söhne und Töchter ließen sich das Verschweigen zunächst gefallen, bis sie 1968 die Elterngeneration nicht nur zur Rede, sondern gleich rebellierend an den Pranger stellten. Genau besehen, widersetzten sie sich, deren verdrängtes Nazi-Schulderbe anzunehmen. Aber im Ungestüm ihres Protestes, der nach Herbert Marcuse allmählich die Züge einer pubertären Revolte annahm, verfehlten sie schließlich die gründliche Aufklärungsarbeit, die ihnen im Grunde vorschwebte. Immerhin war

---

\* Wir bedienten uns des 1972 eingeführten und inzwischen international benutzten Gießen-Test

es ein erster großer Aufbruch, der unter der Oberfläche einer konservativen Gegenbewegung stärker nachwirkte, als zunächst bemerkt wurde.

Nunmehr haben die heranwachsenden Enkel das Gespräch über die Hitlerzeit erheblich erleichtert. Von ihnen fürchten Großväter und Großmütter nicht mehr, wie zunächst von den Söhnen und Töchtern, radikale moralische Zerstörung. Vielfach sind sie froh, sich doch noch endlich anvertrauen zu können; daß man mit ihnen mitzutragen bereit ist, was sie bislang allein mit sich herumgeschleppt haben. Sie erfahren, daß die Enkel die Wahrheit zunächst für sich selbst suchen. In Interviews bekomme ich von Studenten öfter etwa zu hören: Ich muß noch mehr erfahren, wo ich herkomme, um über mich selbst besser Bescheid zu wissen. Ich brauche das auch zur Orientierung, wie ich mich künftig zu den Dingen einstellen muß.

#### **Kein Bezwingen - eher ein Durchleiden**

Wie Erinnerungsarbeit, wenn sie mehr oder minder konstruktiv stattfinden konnte, im einzelnen abgelaufen ist, läßt sich sehr schwer rekonstruieren. Bei einem Projekt, in dem wir an unserem Zentrum mit Hilfe des Hamburger Instituts für Sozialforschung Vergangenheitsverarbeitung in deutschen Familien über drei Generationen untersucht haben, trafen wir eine erhebliche Komplexität von Prozessen an. Klarzustellen ist aber jedenfalls, daß der gängige Begriff der Vergangenheitsbewältigung den Vorgängen ganz und gar unangemessen ist. Bewältigen kommt, wie man in Grimms Wörterbuch nachlesen kann, von bewältigen oder begewaltigen, was einst soviel hieß wie überwältigen oder bezwingen, auch ganz speziell "frowen bewaltigen und schwächen", also vergewaltigen im engsten Sinne. Wer den Mut aufbrachte, sich der Vergangenheit auszusetzen und sich einzugestehen, daß er mehr hätte wissen können, wenn er nicht weggesehen hätte, daß er sich da oder dort, statt sich anzupassen, hätte verweigern können, wer sich darüber zu offenbaren wagte und die Kränkung ertrug, die er sich damit bereitete - der vollbrachte damit wahrlich kein Bezwingen oder Bewältigen, eher ein Durchleiden. Der lernte, bedrückt und beschämt eine Last verantwortlich mitzutragen, allerdings in der Absicht und Hoffnung, daraus Energien zu schöpfen, um die Zukunft wachsender und widerstandsfähiger bestehen zu können.

Wie unsere anfangs zitierte sozialpsychologische Erhebung zeigt, paart sich die Bereitschaft zu kritischer Erinnerung mit einer besonderen Neigung zu Vertrauen und Versöhnung. Man kann annehmen, daß von vornherein vorhandene soziale Sensibilität Menschen eher zu einem offenen, kritischen Umgang mit belastenden Erinnerungen nötigt. Aber besonders zu beachten ist auch der umgekehrte Zusammenhang, nämlich die reinigende und sozial ermutigende Wirkung von Erinnerungsarbeit.

Versöhnung kommt sprachgeschichtlich bezeichnenderweise von Entsöhnung. Noch Luther gebrauchte Versöhnung im Sinne von Entsündigung. Das Ritual des alten jüdischen Versöhnungsfestes, wie im 3. Buch Mose beschrieben, beruht auf dem Prinzip, daß erst die Missetaten des Volkes Israel offen zu bekennen waren, ehe Aaron den Sündenbock in die Wüste schicken durfte. - Der Bezug zu Sünde und Entsündigung klingt noch in dem mittelalterlichen Versöhnen oder Versünen an, erhalten geblieben in der 2. Strophe des alten Weihnachtsliedes als "Christ ist erschienen, uns zu versüner".

Erinnerungsarbeit als Entsündigungsarbeit bereitet also den Weg für Versöhnlichkeit, man kann auch sagen für Friedensfähigkeit. Das haben jene hohen Politiker nie begriffen, die das Zurückblicken lediglich als eine Anstandsgeste oder gar als taktische opportune Pflichtübung verstanden, überflüssig, oder gar schädlich für die Spätgeborenen, die man nicht durch mao-schistisches Herumwühlen in einer Vergangenheit belasten dürfe, die diese doch gar nicht mehr erlebt hätten. Die falschen Warner verleugnen die durch die Psychoanalyse längst gesicherte Erkenntnis, daß einschneidende, mangelhaft verarbeitete Konflikte meist unbewußt der nächsten und oft noch der übernächsten Generation psychologisch vererbt werden, - die Weisheit aus dem 3. Buch Mose bestätigend, daß die Missetat der Väter die Kinder und Kindeskinde sogar bis ins dritte und vierte Glied heimsuche.

(-/18. Dezember 1991/rs/ks)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).